

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

6 (6.10.1918) Sonderausgabe

haben durch den Mund des Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß wir dem Friedensschrit, den die Reichsleitung unternommen hat, unsere Zustimmung geben. Nun wird die Aufmerksamkeit unseres Volkes und der ganzen Welt darauf gerichtet sein, welches Ergebnis dieser Schritt hat. (Sehr richtig.) Ich glaube alle, die es ernst meinen mit dem Frieden, dürfen nichts tun, was geeignet ist diesen Schritt zu gefährden. Der Vorschlag des Herrn Präsidenten sagt nur, daß unsere Verhandlungen auf einige Tage ausgesetzt werden, um sehen zu können, welche Wirkung der Friedensschritt der deutschen Regierung auslöst. Ich bin fest überzeugt, draußen in unserer Welt wird jeder einzelne verstehen, daß das Interesse des Volkes besteht, nun alles zu tun, um den Frieden herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. Anrufe bei den Unabhängigen.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird hierauf gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten und der Polen angenommen. Schluß 8 1/2 Uhr.

Vom Reichstag.

BR. Berlin, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Der Vizepräsident des Reichstages trat heute mittag zu einer längeren Besprechung zusammen, die im allgemeinen vertraulich war. Das Haus wird vor Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche nicht zusammentreten.

Die Note des Prinzen Max von Baden.

BR. Berlin, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Die durch Vermittlung der Schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson gerichtete Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Prinz Max von Baden, Reichskanzler.

Erlaß des Kaisers an Heer und Flotte.

BR. Berlin, 5. Okt. Se. Majestät der Kaiser hat nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine gerichtet: An das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Seit Monaten kämpft der Feind unter gewaltigen Kräfteanstrengung fast ohne Kampfpause gegen unsere Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müht Ihr euch auszuhalten und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die Euch gestellt ist, und die Ihr erfüllt. Alle deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremden Boden heldenhaft ihr Vaterland. Hart ist der Kampf meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Ufer in ihren kühnen Kämpfen zu unterstützen.

Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich lade Euch Meinen und des Vaterlandes Dank. Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Unsere Front ist ungebrosen und wird es bleiben.

Ich habe mich im Einklang mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten, doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Selben, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen wie bisher alle Kräfte daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes stand zu halten. Die Stunde ist ernst, aber wir helfen uns im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

von Wilhelm I. R.

Von der neuen Regierung.

Der Titel der Staatssekretäre.

BR. Berlin, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Der Kaiser hat, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet: In Erweiterung meines Erlasses vom 27. April 1889 bestimme ich, daß sämtliche Staatssekretäre für die Dauer ihres Amtes das Prädikat „Exzellenz“ führen sollen. Großes Hauptquartier, 4. Okt. Wilhelm, I. R.

Stegerwald als Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes?

BR. Berlin, 5. Okt. Es ist möglich, daß außer den bisher gemeldeten Personalveränderungen in der Reichsregierung noch weitere erfolgen, und die „Berliner Morgenpost“ weiß zu melden, daß für den auscheidenden Staatssekretär von Radow der Gewerkschaftssekretär Stegerwald zum Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes ernannt werden soll. Stegerwald gehörte bereits als Vorstandsmitglied dem Kriegsernährungsamt an. Er ist in der letzten Zeit als Führer des demokratischen Flügels des Zentrums in der Öffentlichkeit sehr hervorgetreten und gilt als eine energische Persönlichkeit. (Frei. Stg.)

Bildung des Reichsarbeitsamtes.

BR. Berlin, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Die nächste Nummer des Reichsgesetzblattes wird folgenden kaiserlichen Erlaß enthalten: Auf Ihren Vortag bestimme ich, daß die sozialpolitischen Angelegenheiten des Reiches, die bisher zum Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes gehörten, fortan von einer besonderen, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen „Reichsarbeitsamt“ bearbeitet werden. Die aus diesem Anlaß erforderliche Verteilung der Geschäfte und Beamten des Reichswirtschaftsamtes haben Sie vorzunehmen. Großes Hauptquartier, 4. Oktober 1918.

An den Reichskanzler Prinzen Max von Baden.

Rücktritt des Chefs der Reichsanlei.

BR. Berlin, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Wie die „Nord. Allg. Stg.“ erfährt, hat der Chef der Reichsanlei, Unterstaatssekretär v. Radowicz, die Absicht, aus seinem jetzigen Amte auszuschcheiden. Auf Wunsch des Reichskanzlers fährt er indessen seine Dienstgeschäfte weiter, bis ein Nachfolger bestimmt ist.

Telegrammwechsel zwischen Prinz Max und dem Großherzog von Baden.

BR. Karlsruhe, 5. Okt. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat gestern von seinem Großherzoglichen Hofort dem Prinzen Max folgendes Telegramm erhalten:

In diesem Augenblick, in dem Seine Majestät der Kaiser mit Deiner Zustimmung mich zum Kanzler des Deutschen Reichs ernannt hat, ist mein ganzes Denken und Fühlen bei Dir und bei unserer geliebten Heimat. Wie Du es begreifen hast, daß in der

Stunde der Not kein Opfer gescheut werden darf, das Kaiser und Reich von uns fordert, so wird ich bin des gewiß, auch das badische Land es verstehen, daß ich dem Rufe, der an mich ergangen ist, habe folgen müssen in der Erkenntnis, daß nur ein Zusammengehen aller, eine freiwillige Hingabe an das Ganze, Deutschland zu besseren Tagen zu führen vermögen. So bin ich gewillt, mein Bestes einzusetzen für dies hohe Ziel, diene ich doch dadurch auch Dir und dem badischen Lande und Volke, an denen mein Herz in treuer Liebe hängt.

Seiner Königliche Hoheit der Großherzog erwiderte hierauf:

Im Besitz Deines werten Telegramms mit der Mitteilung, daß Seine Majestät der Kaiser Dich mit meiner Zustimmung zum Kanzler des Deutschen Reichs ernannt hat, spreche ich Dir herzlichsten Dank für die warme vaterländische Empfindung aus, die Dich bei Deinem Entschlusse geleitet hat. Daß Du in dieser ersten Schicksalsstunde das wichtige Amt übernimmst, ist ein Opfer, das von mir und meinem Land in seiner ganzen Größe bewundert wird. Schwer ist das Opfer, das auch ich bringe, aber es war unabwendbar. Ich bin überzeugt, daß der Geist, in dem Du Dich der neuen großen Aufgabe widmest, die beste Gewähr bietet für deren kraftvolle und erfolgreiche Durchführung zum Wohl und für eine gesicherte Zukunft unseres Reichs und damit auch unserer badischen Heimat. Gottes reichlicher Segen begleite Dich! Das ist der innigste Wunsch, den ich und mein Land Dir mit auf den Weg geben.

von Friedrich.

Gemeinsamer Friedensschritt der Verbündeten.

BR. Wien, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Büro meldet:

Oesterreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei haben beschlossen, zwecks Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen im Wege der mit ihrer Interessenvvertretung in den Vereinigten Staaten von Amerika betrauten Regierungen gleichzeitig an den Präsidenten der Vereinigten Staaten heranzutreten. In Ausführung dieses Entschlusses wurde der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm gestern vom Minister des Neuen telegraphisch beauftragt, die königl. Schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. d. Mts. folgende Depesche an den Herrn Präsidenten gelangen zu lassen:

„Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Untertreiben ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika heran, um mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und im unmittelbaren Anschluß hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welche die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 8. Januar 1918 und die 4 in der Rede vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wurde.“

Das Wilsonsche Friedensprogramm.

BR. Karlsruhe, 6. Okt. Der Friedensschritt, den der neue deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden in der Nacht zum 5. Oktober telegraphisch bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unternommen hat, führt sich auf die von Wilson in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 in seiner Ansprache vom 11. Februar und in seiner letzten New-Yorker Rede vom 27. September vorigen Jahres aufgestellten Programmpunkte. Die fünf Punkte der September-Rede Wilsons haben wir in der gestrigen Abendausgabe der „Badischen Presse“ veröffentlicht. Wir lassen nun hier auch die in der Januarbotschaft bezeichneten 14 Friedenspunkte wieder folgen, auf die jetzt häufig Bezug genommen werden dürfte. Wir bringen sie zugleich mit den „politischen Prinzipien“, die Wilson im Februar d. Js. aufstellte, von neuem zum Ausdruck.

Die 14 Punkte.

1. Die erste Bedingung ist der öffentliche Abschluß gegenseitiger Friedensverträge, nach denen irgend welche geheime internationale Abmachungen nicht mehr abgeschlossen werden dürfen, die Diplomatie muß zu allen Zeiten offen arbeiten.
2. Die zweite Bedingung ist die vollständige Freiheit der See, außerhalb der Hoheitsgewässer sowohl zur Friedenszeit als im Kriege, ausgenommen der Fall, daß sie ganz oder teilweise durch internationale Unternehmungen zur Aufrechterhaltung internationaler Abkommen geschlossen wird.
3. Sometzt möglich, sollen alle wirtschaftlichen Hindernisse beseitigt werden und die Gleichheit der Handelsbedingungen unter allen Nationen, die sich zur Aufrechterhaltung des Friedens verpflichten sollen, festgelegt werden.
4. Hinlängliche Sicherheit soll dafür gegeben und erhalten werden, daß die nationalen Willkürungen auf ein Minimum beschränkt werden können, das die Sicherheit im Innern verlangt.
5. Unparteilichkeit aller Vorschläge, die auf der strikten Durchführung des Prinzips beruhen, daß die Interessen der Völker gerade so schwer wiegend, wie die Ansprüche der Regierungen, die festgelegt werden sollen.
6. Räumung aller zivilisierten Gebiete und eine solche Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, daß das beste Zusammenwirken mit anderen Nationen gesichert wird, Rußland wird die freie und volle Gelegenheit gegeben werden, unabhängig seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu bestimmen. Rußland soll anrecht in der Gesellschaft der freien Völker unter Wahrung seiner Institutionen aufgenommen werden. Rußland soll in allem, was es nötig hat und wünschenswert, eine mehr als sympathische Unterstützung finden. Die Beendigung der Rußland von seinen Schwefelaktionen in den nächsten Monaten versehen wird, gibt den besten Beweis für deren guten Willen und ihr Bestreben für Rußlands Bedürfnisse und für ihre einmütige und selbstlose Sympathie.
7. Belgien muß wie die ganze Welt es gutheissen wird, geräumt und seine Souveränität wieder hergestellt werden. Romas Sanftmut wird, wie diese dem Namen des Vertrauens der Nationen in die Gerechtigkeit wieder hergestellt, die sie für ihre gegenseitigen Beziehungen festgelegt haben. Ohne diese Wiedergabe des Selbstrechts hat ein Schicksal.
8. Alle französischen Gebiete müssen befreit und die eroberten Gebiete wieder hergestellt werden. Das Recht (1), das Frankreich im Jahre 1871 zugefügt worden ist, und das den Frieden der Welt vor 40 Jahren aus dem Gleichgewicht brachte, muß demerit wieder in Ordnung gebracht werden, daß der Frieden im Interesse aller gesichert wird.
9. Die Veränderung der italienischen Grenze auf klar erkennbaren Zielen der Nationalität.
10. Die Völker Oesterreichs, dessen Volk wir unter den Nationen garantieren und geschützt haben wollen, müssen eine enge Gelegenheit zur autonomen Entwicklung erhalten.
11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt werden. Die besetzten Gebiete müssen zurückgegeben werden (protesto). Serbien muß einen freien und sicheren Zugang zum Meere erhalten. Die Beziehungen der Balkanstaaten untereinander müssen in fortschrittlichem Gedankenstand auf der Grundlage der historischen Gerechtigkeit und der Nationalität geregelt werden. Internationale Garantien müssen für die politische, wirtschaftliche

und territoriale Unverletzlichkeit der verschiedenen Balkanstaaten gegeben werden.

12. Für die türkischen Teile des osmanischen Reiches soll eine gesicherte Souveränität garantiert werden. Über die anderen, jetzt unter türkischer Regierungsgewalt befindlichen Nationalitäten haben eine zuverlässige Garantie für die Sicherheit des Lebens und absolut ungehinderte Gelegenheit zur autonomen Entwicklung zu verlangen. Die Darstellungen müssen dauernd für die freie Fahrt der Handelswege aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat muß gegründet werden, der in sich die Gebiete einschließen muß, die durch eine unmittelbare polnische Bevölkerung bewohnt sind. Er muß einen freien und sicheren Zugang zum Meere haben und seine territoriale Unverletzlichkeit durch ein internationales Abkommen gesichert werden.

14. Es muß ein allgemeiner Völkerbund gebildet werden, der bestimmte Verpflichtungen dafür übernimmt, daß gegenseitige Garantien für die territoriale Unverletzlichkeit aller großen und kleinen Staaten gegeben werden.

Die vier politischen Prinzipien.

1. daß jede definitive Lösung einer Frage basieren muß auf Gerechtigkeit und auf einer vernünftigen Regelung, die die meisten Chancen für einen dauernden Frieden bietet;
2. daß die Völker und Länder nicht von einem Fürsten an einen anderen Fürsten übergeben werden, als ob sie nichts anderes wären als Bauern in einem Schachspiel, selbst in dem größeren Spiele um die Macht, das für immer in Mißtraut gebracht worden ist;
3. Jede territoriale Regelung, die in diesem Kriege in Betracht kommt, muß im Interesse und zum Vorteil der betreffenden Völker erfolgen und nicht als ein Teil der Regelung oder des Vergleichs der einander bekämpfenden Staaten betrachtet werden.
4. Alle natürlichen Aspirationen werden, so weit es geht, befriedigt werden, ohne die früheren Schwierigkeiten fortzusetzen zu lassen oder neue hervorzurufen, die wieder den Frieden in Europa und das mit der ganzen Welt föhren könnten.

Wilson's Antwort auf die Vorian-Note.

BR. Rotterdam, 4. Okt. (Nicht amtlich.) Der Washingtoner Korrespondent der „New-York Evening Post“, der manchmal über die Aufassung der Regierung genau unterrichtet ist, weist darauf hin, daß Präsident Wilson nicht nur in seiner letzten Rede, sondern auch in seiner kurzen Antwort auf die Friedensnote des Grafen Vorian sorgfältig vertrieben hat, etwas zu sagen, was das deutsche Volk zu der Auffassung verleiten könnte, daß er einen Ausrottungskrieg beschlossene oder einen Frieden erstrebe, der die berechtigten, wirtschaftlichen Wünsche des deutschen Volkes vereiteln würde.

Nach einer Meldung der republikanischen „Philadelphia Leader“ hofft man allgemein, daß die Mitarbeiter die Einladung Wilsons annehmen. Das Blatt schreibt: „Die Vereinigten Staaten wünschen die Beilegung in die Hand zu nehmen, aber es gilt hier eine sehr ernste und praktische Angelegenheit.“

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Deutscher Heeresbericht.

BR. Berlin, 5. Okt. Abends. (Amtlich.) Zwischen dem St. Quentin und in der Champagne wurden heftige feindliche Angriffe abgewiesen. Ebenso ist zwischen den Argonnen und der Maas der mit starken Kräften fortgesetzte Ansturm der Amerikaner gescheitert.

Die bulgarische Sobranje.

Der Thronwechsel. Zustimmung zum Waffenstillstand.

BR. Sofia, 4. Okt. (Nicht amtlich.) Meldung der bulg. Tel.-Ag. Der Sobranje-Präsident berief auf Ersuchen des Ministerpräsidenten heute morgen die Abgeordneten zu einer außerordentlichen Sitzung. Bei der Eröffnung herrschte tiefe Begeisterung. Saal und Tribünen waren überfüllt. Ministerpräsident Radomir gab die Abordnung des Königs Ferdinand bekannt und die Thronbesteigung des neuen Königs, der unter dem Namen Boris III. regieren wird. Er verlas dann zwei kaiserliche Kundgebungen. Auf die Verlesung der Kundgebung des Königs Boris folgte lebhafter Beifall und Hochrufe. Er teilte ferner mit, daß er dem neuen König den Rücktritt des Kabinetts unterbreitet habe, der jedoch nicht angenommen worden sei.

Die Nachricht von der Abdankung des Königs, die heute früh bekannt wurde, erregte in der Stadt großes Aufsehen und brachte ein allgemeines Nachlassen der durch die jüngsten Ereignisse hervorgerufenen Spannung hervor.

BR. Sofia, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Bulg. Tel.-Ag. Die Geheimnisung der Sobranje, welche nicht weniger als 5 Stunden dauerte, und in welcher die Vertreter aller parlamentarischen Parteien der Reihe nach um Wort baten, um sich über ihre Auffassung auszusprechen, schloß mit folgenden einstimmig angenommenen Tagesordnung:

„Nachdem die Nationalversammlung der Erklärung des Ministerpräsidenten über die Gründe, welche zum Abschluß des Waffenstillstandes mit den Entente-Mächten geführt haben, gehört haben, billigt sie das Vorgehen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.“

Die Thronbesteigung des Königs Boris.

BR. Sofia, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Heute fand die feierliche Thronbesteigung des Jaren Boris statt. Dem Festgottesdienste in der Kathedrale wohnten sämtliche Minister, die früheren Minister Radostanow, Tonkoff und Gelsow, die Generalsität, der deutsche und der österreichisch-ungarische Gesandte, der deutsche Militärbevollmächtigte, Oberst v. Masow, deutsche und österreichisch-ungarische Offiziere, sowie zahlreiche Beamte.

Nach der Eidesleistung des neuen Königs erfolgte eine Kundgebung der Volksmenge im Schlosshof, wobei der Zar eine Ansprache hielt, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß Bulgarien seine Einigung erreichen werde. Die Stimmung in Sofia ist augenscheinlich wieder sehr gehoben. Die Häuser haben geflaggt. Ein in der Stadt angeschlagenes Manifest zeigt die Abdankung des Königs Ferdinand an, der sich nach Ungarn begeben hat, und die Regierungsübernahme des Königs Boris.

Der Krieg mit Italien.

Die Entente-Flotte vor Braggio.

BR. Rom, 5. Okt. (Nicht amtlich.) Meldung der „Agenzia Stefani“. Ministerpräsident Orlando verkündete in der Kammer: Gestern mittag fuhren italienische Kriegsschiffe und britische Kreuzer, von italienischen und amerikanischen Torpedos gesichert und amerikanischen Unterseebooten wirksam geschützt, vor Braggio (an der albanischen Küste) auf.